## CHIFFRE

NUR FÜR INTERNEN GEBRAUCH POUR USAGE INTERNE UNIQUEMENT

-5. Sep. 1990

04.09.1990

15.30

8 20

00214 hhhhh

bonn

geht an : - eda/evd, integrationsbuero

- eda, politische direktion

eda, direktion fuer voelkerrechtevd, bawi, dienst fuer freihandelslaender

- eved, generalsekretariat

- eved, bundesamt fuer verkehr

kopie direkt via d/c : - schweizerische botschaft in wien,

- schweizerische mission bei den eg,

Bundesamt für A

SEP. 1990

Scil Dan

No.

EE

Kopie an

bruessel

bonn, den 4. september 1990 - ma/nj

werden die alpen zu einem riegel fuer den eg-binnenmarkt?

(mein wirtschaftsrat hat sich bei ministerialdirigent j o e r s s , dem leiter der unterabteilung ''verkehrspolitische grundsatzfragen'', erkundigt, welche aufnahme die antwort von bundes rat og i auf minister zimmermanns ersuchen nach einer befristeten zulassung von 40-tonnen-fahrzeugen auf der n2 im bundesverkehrsministerium gefunden hat).

der beschluss des bundsrates, einen 40-tonnen-korridor auf der gotthard-route auch voruebergehend nicht zuzulassen, hat im bmv keine ueberraschung ausgeloest. im grunde genommen, so erklaert joerss ziemlich unverbluemt, seien sowohl das begehren von minister zimmermann wie auch die abschlaegige antwort bundesrat ogis reine a l i b i - u e b u n g e n .

die schweiz habe es sich mit ihrer ablehnung einmal mehr leicht gemacht. unzutreffend sei die von streicher uebernommene behauptung, die osterreichischen bundesbahnen verfuegten im kombinierten verkehr ueber freie kapazitaeten von 600 lastwagensendungen pro tag. selbst wenn diese kapazitaet im august vorhanden gewesen sei, wuerde sie heute nicht genuegen, um das nach der sommerpause zu erwartende transitaufkommen zu bewaeltigen.

./.

original ging an: - integrationsbuero

kopien gingen an: - bawi (dienst f. freihandelslaender)

- eved/qs - eved/bav

- efta-del. genf - represui strassbujg (kurier)

04.09.1990 1815 -0- mp



dodis.ch/60291

da die von uns angepriesene, alternative verkehrspolitik - kombi-verkehr, neat - erst laengerfristig zum tragen komme, muesse man davon ausgehen, dass sich die schweiz in den naechsten jahren zu einem riegel fuer den eg-binnenmarkt entwickeln werde, die gefuehlsgeladenen diskussionen zur loesung der juengsten alpentransitkrise haetten gezeigt, welche politische sprengkraft heute hinter den verkehrsproblemen steckt, es sei deshalb zu befuerchten, dass zwischen den transitverhandlungen und dem oesterreichischen beitrittsbegehren zur eg, ja sogar den ewr-verhandlungen ein immer staerkeres j unk t im konstruiert werde, der kommission sei es in den verhandlungen

mit der schweiz ja nicht gelungen, einen auch nur halbwegs vernuenftigen abkommensentwurf auf den tisch zu legen. die gruende hierfuer erblickt joerss im verhandlungspolitischen unvermoegen der kommission, im beharren der schweiz verkehrspolitische tabus nicht anzuruehren, sowie in der komplexitaet der verkehrspolitischen probleme.

wenn man verhindern wolle, dass sich die frage des alpentransits zu einem schwelbrand entwickle, an dem sich sporadisch bilaterale konflikte entzuenden, so beduerfe es eines grundsaetzlichen einvernehmens, wie die schwerverkehrsprobleme im alpentransit unter beruecksichtigung von umweltschutzgesichtspunkten gelost werden koennen. joerss plaediert fuer den abschluss eines rahmenabk ommens, das durch einzelne koerbe (normen fuer fluester lkw, kombi-verkehr, gewichtsbegrenzungen etc.) mit der zeit angereichert werden koennte.

bonn ist mit dem in bruessel mit italien und oesterreich erzielten kompromiss zufrieden, joerss verspricht sich von der t a s k f o r c e . die u.a. mit der abklaerung der frage, weshalb die bestehenden kapazitaeten im kombi-verkehr nicht ausgeschoepft werden, neue impulse fuer den kombinierten verkehr. die schwachstellen im nordsued-kombi-verkehr seien bekannt. joerss nennt die ungenuegende zol·labfertigung in verona (nur zwei schichten) sowie den italienischen protektionism u s im strassenguetervekehr. sattelanhaeger und wechselbehaelter, die in der bundesrepublik auf die bahn verladen werden, koennten am italienischen ankunftsbahnhof nicht vom urspruenglichen verlader uebenommen werden, weil keine ''cabotage''-freiheit besteht. dabei handle es sich bei der uebernahme von wechselbehaeltern, so joerss, gar nicht um ''cabotage'', sondern um einen internationalen transport, der teils auf der schiene, teils auf der strasse erfolge, verkehrsminister bernini behaupte, zur ''cabotage'' beduerfe es einer gesetzesaenderung, wofuer er im italienischen parlament keine mehrheit finde, der einfluss der italienischen lkw-verbaende, die etwa 200'000 kleinere und mittlere fuhrunternehmen umfassen, sei zu gross. vielleicht, so hofft jedenfalls joerss, werde der wachsende politische druck auf italien mit der zeit doch die voraussetzungen fuer den huckepackverkehr verbessern. j. leutert.

ambasuisse